

Ernst Grube

Der Name Ernst Grube stand schon oft im bayerischen Verfassungsschutzbericht. Der 1932 in München geborene ehemalige Berufsschullehrer ist – wie es auch sein Vater war – überzeugter Kommunist. Als junger Mann wurde er Mitglied der 1956 verbotenen KPD. Er bekennt sich bis heute zu den humanistischen Ansätzen des Kommunismus: „Unter einer Gesellschaft mit zu großen sozialen Stufen leidet der demokratische Ansatz“, sagt er.

- Nur wenige Monate vor Kriegsende 1945 wurde Ernst Grube mit seiner jüdischen Mutter und seinen Geschwistern in das Konzentrationslager Theresienstadt gebracht.

- 1959 verurteilte der Bundesgerichtshof ihn zu einem Jahr Gefängnis, unter anderem, weil er gegen das KPD-Verbot verstoßen habe.

- Ernst Grube ist Landessprecher der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) in Bayern.

- Er engagiert sich in der Lagergemeinschaft Dachau.

- Aus Anlass des 70. Jahrestages der ersten Deportationen reiste er kürzlich in verschiedene Vernichtungslager, um an die Opfer zu erinnern. (bom)



Immer wieder erzählt Ernst Grube in seinem Kampf gegen die Neonazis vor Schulklassen von seiner KZ-Haft. Foto: Ulrich Wagner

„Wir dürfen nicht schlafen“

Interview Der Holocaust-Überlebende Ernst Grube fordert nicht nur ein sofortiges Verbot der NPD, sondern eine ständige Auseinandersetzung mit fremdenfeindlichen Gedanken

Augsburg Am Vormittag hat Ernst Grube wieder zwei Schulklassen in seiner leisen, aber ebenso eindringlichen Art mit seiner Geschichte konfrontiert. Er hat ihnen erzählt, dass seine Mutter Jüdin war und der Vater Kommunist, und ihnen auch gesagt, wie es ist, wegen seines Glaubens und wegen der Überzeugungen des Vaters verfolgt zu werden. Am Abend bittet dann das „Bündnis für Menschenwürde Augsburg-Schwaben“ zum Zeitzeugengespräch mit dem Holocaust-Überlebenden – unterstützt vom Programm des Bundesfamilienministeriums „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“. Grube wird nicht müde, immer wieder seine Lebensgeschichte als Mahnung gegen Neonazismus und Rechtsextremismus zu erzählen. Wir haben zwischendrin mit ihm über die NPD und die aktuelle Verbotsdebatte gesprochen.

Wer kann und wer muss den Rechtsextremismus bekämpfen?

Grube: Wenn es um das Muss geht, dann sage ich: die Zivilgesellschaft. Der Staat müsste seine Möglichkeiten aufnehmen und Bestimmungen des Grundgesetzes verwirklichen. Dann meine ich auch, dass die Justiz mit ihrer Bereitschaft, Neonazi-Aufmärsche und -versammlungen zu genehmigen, zu offensiv umgeht. Neonazi-Konzerte, die inhaltlich eine Erniedrigung und Verabscheuung aller anderen Gruppierungen beinhalten, dürften nicht erlaubt werden.

Fallen die nicht unter die Versammlungsfreiheit?

Grube: Das hat bei diesen Inhalten nach meiner Auffassung mit Ver-

sammlungsfreiheit nichts mehr zu tun. Man muss auch sehen, dass die Neonazis ihren Hauptnachwuchs über diese Konzerte bekommen. Unter verschiedenen Vorwänden werden die Jugendlichen und auch Ältere zu diesen Konzerten gelockt.

Warum sind Jugendliche nicht resistent gegen solche Einflüsterungen?

Grube: Wir haben das Problem der Arbeitslosigkeit, der unsicheren Arbeitsplätze. In der Gesellschaft beobachten wir eine Abnahme des Engagements im Sinne einer demokratischen Politik. Wir haben eine Wahlverdrossenheit. Bei all den Problemen, die wir im sozialen Bereich haben, sind die Jugendlichen einfach eher für Lösungsvorschläge wie etwa eine Schuldverlagerung auf Ausländer und andere Gruppierungen empfänglich, wie sie von der NPD und den Neonazis angeboten werden.

„Die V-Leute müssen zurückgenommen werden. Wir sehen ja, dass sie überhaupt nichts bringen.“

Ernst Grube

Kommt die aktuelle Debatte um Rechtsextremismus und ein NPD-Verbot für Sie überraschend?

Grube: Nein, diese Diskussion haben wir schon lange, und die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, VVN, hat ja schon vor Jahren das Verbot der NPD gefordert. Wir haben 500 000 Unterschriften gesammelt und im Bundestag abgegeben. Es hat sich nichts ergeben. Wir

fordern auch jetzt offensiv ein Verbot der NPD und verbinden es mit der Forderung nach einer sofortigen Rücknahme der V-Leute aus der NPD. Wir sehen ja auch, dass sie überhaupt nichts bringen.

Wie können V-Leute ausgeschaltet werden?

Grube: Indem es kein Geld mehr für sie gibt. Ich habe gelesen, dass die V-Leute zum Teil das Geld, das sie bekommen haben, der NPD zur Verfügung gestellt haben. Das heißt, der Staat finanziert sie nicht nur über Steuern bei der Wahlkampfkostenerstattung, sondern indem er Hunderttausende über V-Leute der NPD gibt.

Was würde ein NPD-Verbot tatsächlich bewirken?

Grube: Es würde das leichte Einflussnehmen durch die NPD verhindern. Zum anderen ist ja die NPD

für gewaltbereite Leute aus dem Kameradschaftsmilieu ein legales Rückzugsbecken. Sie kriegen Funktionen, wo sie sich einigermaßen sicher fühlen können. Was uns dennoch nicht erspart bleibt, ist die ideologische Auseinandersetzung. Die wird uns mit dem Verbot der NPD nicht erspart.

Das Gedankengut ist nicht totzukriegegen?

Grube: Wir dürfen nicht schlafen. Uns muss klar sein, dass diese ausländischerfeindliche rechtsextreme Ideologie weiter besteht.

Wie können Sie Schüler mit Ihren Thesen faszinieren und sie sensibel für die Gefahren durch Rechtsextremismus und Neonazis machen?

Grube: Ich hab ja eine Geschichte. Wenn es darum geht, was die ideologischen Grundsätze der Nazis waren – also die Herabsetzung der Menschenwürde, das ist diese Ungleichheit und diese Unwertigkeit –, dann zieh ich den Bogen zu heute. Ich vergleiche nicht in dem Sinne, dass ich sage, das ist heute genauso wie damals. Aber ich mache darauf aufmerksam, dass diese Ideologie, diese Gedanken, diese Wurzeln auch noch heute existieren. Ich weise dabei auch auf den aktuellen Rechtsextremismus von Ungarn über Italien bis Großbritannien hin. Diese Entwicklung ist bei uns noch nicht so weit, aber der Boden dafür ist vorbereitet. Unter bestimmten Bedingungen und bei einer entsprechenden charismatischen Persönlichkeit ist das bei uns auch sofort möglich. Der Boden dafür ist da, und er wird von der NPD und den Neonazis ständig beackert. *Interview: Joachim Bomhard*

Innenminister beraten über NPD

Wiesbaden Zum Auftakt ihrer Beratungen über ein neues NPD-Verbotsverfahren haben die Innenminister von Bund und Ländern gestern um die richtige Strategie gerungen. Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) lehnte einen Verbotsantrag ab. Einen Beschluss könne es erst geben, wenn die Beweislage eindeutig sei. Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU) sagte, es sei wichtig, der NPD den finanziellen Hahn zuzudrehen. Die Partei erhielt 2010 fast 1,2 Millionen Euro aus der staatlichen Parteienfinanzierung. (afp)